

t.311 Tschad - BSZ/hv

Bern, den 9. April 1980

Bericht über die Dienstreise von A. BISAZ im Tschad

10.- 28. März 1980

Zielsetzung der Dienstreise war eine Beurteilung der allgemeinen Situation und der Möglichkeiten zur Weiterführung unserer Entwicklungszusammenarbeit im Tschad.

Die während der Dienstreise ausgebrochenen Kämpfe in N'Djamena verhinderten eine Absprache über die Aktionen in der Hauptstadt und den nördlichen Teil des Landes; im Süden hingegen konnten die Abklärungen wie vorgesehen durchgeführt werden.

1. Bemerkungen zur allgemeinen Situation

Ohne auf Details der sich ständig ändernden Situation einzugehen, möchte ich auf einige Konstanten hinweisen, die für unsere Entwicklungszusammenarbeit von Bedeutung sein können:

Der Bürgerkrieg im Tschad ist grundsätzlich als eine Austragung von religiösen, ethnischen und durch die Kolonialisierung geschaffenen oder verstärkten Differenzen zwischen einzelnen Gruppen zu sehen.

Solche Spannungen sind in den meisten west- und zentralafrikanischen Staaten latent vorhanden, meist jedoch durch eine Führerpersönlichkeit in den Hintergrund gedrängt worden oder durch Repression unterdrückt worden. Meiner Ansicht nach kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass der im Tschad ausgebrochene Konflikt um neue Gleichgewichte - momentan noch innerhalb bestehender kolonialer Grenzen - auch in anderen Ländern in irgendeiner Form auszutragen sein wird. Der Tschad dürfte - durch besondere Umstände und äussere Einflüsse bedingt - nur ein Vorläufer sein.

Diese Aussicht erklärt auch das Interesse der Nachbarländer des Tschad und der OUA, den Konflikt zu schlichten: Grundpfeiler der Politik dieser Staaten und der OUA sind im Tschad in Frage gestellt; ein Uebergreifen der Unruhen auf andere Gebiete wird mindestens in Rechnung gestellt.

Die unter Druck von aussen unternommenen Lösungsversuche (Abkommen von Lagos etc.) konnten nicht zum Tragen kommen; weder die Installierung der afrikanischen Friedenstruppen noch die Demilitarisierung von N'Djamena oder die Rückführung der Kriegsgefangenen wurde realisiert. Gerade diese Unfähigkeit der Uebergangsregierung und der Nachbarländer zur Regelung dieser grundsätzlichen Fragen führte bei der Bevölkerung zu einer grossen Enttäuschung: sie fühlt sich im jetzigen Konflikt nicht mehr engagiert und ist nurmehr leidtragende.

Dies wird besonders deutlich in N'Djamena, wo die bisherige Grund-Auseinandersetzung N-S zu einem reinen Machtkampf zwischen den beiden wichtigsten Exponenten (Goukkouni, Habré) des Nordens ausgeartet hat.



Ausser einem Hegemonieanspruch - mindestens für den nördlichen Teil des Landes - bieten die beiden Gruppen und auch die anderen, kaum neue Ideen und Entwicklungstendenzen an. Dieses Fehlen einer "Ideologie" führt bei der Bevölkerung denn auch zur Ansicht, nichts werde sich ändern ausser dem Chef; ein Grund mehr, sich in die Dörfer zurückzuziehen, resp. die Hauptstadt zu verlassen.

Eine dauerhafte Lösung des Konfliktes unter den Exponenten des Nordens ist wohl nur durch Elimination einer der beiden Gruppen, resp. ihrer Führer möglich; alle anderen Kompromisse dürften das Problem nur hinausziehen und später zu neuen Auseinandersetzungen führen.

Erst nach dieser Klärung - die lokal gefunden werden wird, sofern nicht Lybien oder Frankreich eingreifen - wird es möglich sein, die ursprünglichen Probleme, die den Bürgerkrieg auslösten, wieder zu beachten, nämlich die Differenzen zwischen den nördlichen und südlichen Stämmen des Landes. In diesem Bereich, der nicht nur die Regelung der Machtausübung beinhaltet, sondern die grundsätzliche Frage der Suche nach neuen Gleichgewichten stellt, dürften sich die FAP* Goukkouni's (und nördlicher Splittergruppen) eher mit dem Süden unter Kamougé verständigen als die FAN* von Habré. Darum erklärt sich das auch momentan nicht offiziell, aber praktisch doch zum Tragen kommende Zusammengehen der FAP, FAC und FAT gegen die FAN. Allerdings sind Frontwechsel häufig: kurzfristige Eigeninteressen zählen dabei mehr als grundsätzliche Aspekte.

Zur Situation in N'Djamena ist noch zu sagen, dass die verschiedenen Truppen zum grossen Teil aus jungen Leuten bestehen, die zum ersten Mal aus der Wüste in die grössere Stadt gekommen sind. Durch Uebernahme von Wohnungen und Fahrzeugen und sonstigen Plünderungen gelangten sie zu einer bisher nie erlebten materiellen Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Wie hier eine Entwaffnung und Rückführung in ein karges ziviles Leben erfolgen soll, weiss niemand zu sagen.

Anders stellt sich die Situation in den von den FAT unter Kamougé kontrollierten Gebiete des Südens dar: Kämpfe haben jetzt keine stattgefunden. Eine gewisse Nervosität und Spannung ist zwar zu spüren, jedoch scheint mir momentan die Sicherheit der Ausländer gewährleistet. Nicht zu übersehen sind Unklarheiten zwischen staatlichen und parastaatlichen Strukturen: neben der Gendarmerie und den Militärs sowie den zivilen Behörden sind Milizgruppen aufgestellt worden, die häufige und sehr unangenehme Kontrollen durchführen (Flughafen, Strassenbarrieren). Offiziell unterstehen alle diese Strukturen dem politischen Komitee des Südens, in Wirklichkeit werden jedoch die von einzelnen Mitgliedern dieses Komitees erstellten Passierscheine, Weisungen, etc. nicht in allen Provinzen des Südens anerkannt. Lokale Chefs und einzelne Dörfer handeln deshalb oft gemäss ihren Ansichten; Kamougé liess uns gegenüber durchblicken, wir hätten uns dieser Sachlage anzupassen, d.h. auch er könne momentan nicht viel zur Verbesserung der Situation beitragen. Auch im Süden sind also Spaltungstendenzen vorhanden; von einer Einheit kann nicht die Rede sein. Durch die Rückkehr einer grossen

Anzahl von Kadern in ihre Heimatdörfer scheint sich eher eine lokale Bewusstseinsbildung abzuzeichnen, mit einer Dreiteilung der "régions méridionales" um die Schwerpunkte Mayo - Kebbi - Tandjilé (Bongor, Pala); Logone (Moundou) und Moyen Chari (Sarh - Doba).

Auffallend ist auch die unterschiedliche Reaktion der Kader auf die Situation: während sich die "kleinen" Angestellten im landwirtschaftlichen Bereich engagiert haben, um überleben zu können, (die Saläre werden nun schon seit 18 Monaten nicht mehr bezahlt) ist bei den meisten anderen eine enttäuschende Apathie festzustellen. Abwarten, bis die Löhne wieder kommen und leben auf Kosten der Eltern und Verwandten scheint das Losungswort zu sein. Nur wenige versuchen, in ihrem Gebiet das Bestehende so gut es geht weiterzuführen und den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Eine moralische und materielle Unterstützung dieser wenigen, die sich dem generellen Trend des Abwartens widersetzen, scheint mir notwendig und berechtigt. Besser steht es um die von Europäern kontrollierten Unternehmen (Cottontchad, Frankreich; Société nationale de Sucrerie, FED), die ihre Tätigkeit, wenn auch etwas eingeschränkt, weiterführen. Auch sie haben jedoch mit Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen, wurde doch der ganze Nachschub für den Süden (Geldmittel, Medikamente, etc.) in N'Djamena blockiert. Eine direkte Versorgung (Geld, Material, z.T. auch Nahrungsmittel, etc.) über Kamerun oder an die RCA ist deshalb notwendig geworden. Aber auch so bleiben die Verhältnisse enorm schwierig und die Lebensqualität lamentabel.

* * * *

* FAP = Forces armées populaires (Goukkouni)

FAN = Forces armées du Nord (Habré)

FAC = Front d'action commune (Acyl, u.a.)

FAT = Forces armées tchadiennes (Kamougué)

* * * *

2. Folgerungen für unsere Entwicklungszusammenarbeit

Eine Lösung des Tschadkonfliktes ist momentan nicht abzusehen, ja nicht einmal eine Richtung, die zu einer Lösung führen könnte. Waffenstillstände zögern Entscheidungen nur hinaus. Dass in einer solchen Situation der Unsicherheit weder die Verwaltung noch die Versorgung richtig funktionieren können ist verständlich. Die Folgen sind in allen Bereichen spürbar: z.T. anarchische Zustände, Banditismus, Nahrungsmittelknappheit, ungenügende bis fehlende medizinische Versorgung, usw.

Betroffen von diesen Schwierigkeiten sind aber nicht die Hauptverantwortlichen und ihre Armeen, sondern die Bevölkerung. Sie hat schon in normalen Zeiten genügend Probleme zum Überleben und muss nun noch zusätzliche Belastungen auf sich nehmen. Es schiebt mir deshalb unver-

4.

antwortlich, die wenigen noch laufenden Aktionen, die doch grösstenteils der Bevölkerung zugute kommen, aufgrund der eben erwähnten Schwierigkeiten, abzurechnen. Vielmehr sollten wir versuchen, ihr zu helfen, diese Periode erhöhter Schwierigkeiten so gut wie möglich zu überstehen, und zwar nach Möglichkeit auch mit neuen Aktionen.

Dasselbe gilt für die Kader, die sich bemühen, ihre Arbeit so gut wie möglich weiterzuführen. Denn nur über sie und die von ihnen aufrechterhaltenen Strukturen wird es später möglich sein, einen Wiederaufbau vorzunehmen. Auch hier scheint mir eine Weiterführung unserer Unterstützung wichtig und notwendig.

Zu prüfen wäre schliesslich noch, ob nicht durch eine vermehrte Gewährung von Stipendien (anstelle der ausfallenden tschadischen Bourses) eine Unterstützung geleistet werden könnte, die sowohl für das Land wie für die Studenten dringende Probleme löst und gleichzeitig wohl einer der wichtigsten langfristigen Entwicklungsaspekte, nämlich die Ausbildung, betrifft.

Diese drei Möglichkeiten, die alle einen kurzfristigen Hilfsaspekt wie auch eine längerfristige Entwicklungskomponente aufweisen, können natürlich nur realisiert werden, wenn die jetzt verantwortlichen "Behörden" - mindestens moralisch - diese Aktionen mittragen. Dies trifft momentan für den Süden des Landes zu, während im Norden, inkl. N'Djamena, vor Klärung der militärischen Frage nur eine humanitäre Hilfe möglich ist.

Zu beachten ist für das weitere Vorgehen folgendes:

- die schweizerische Coopération (CICR, Swissaid und DEH gelten als Schweiz) wird von allen tschadischen Seiten hoch geschätzt. Dies vor allem, da sie trotz den Zusammenstössen ständig sowohl im Norden wie im Süden weiterarbeitet, während fast alle anderen Hilfen sich zurückgezogen haben (Ausnahme: Missionen, andere Privatorganisationen, einzelne Aktionen des FED, FAC, PNUD, usw.).

Aus diesem Vertrauen wächst aber auch die Erwartung (und für uns die Verpflichtung), dass wir unsere Unterstützung weiterführen;

- durch die politische Entwicklung bedingt erfolgte unsere Entwicklungszusammenarbeit grösstenteils in den südlichen Regionen des Landes. Die militärische Situation zwingt uns auch jetzt wieder, hauptsächlich im Süden zu arbeiten.

Sobald wie möglich werden wir jedoch einen N-S-Ausgleich zu suchen haben und auf ein Gleichgewicht hin tendieren müssen. Bis dies möglich ist, sollte unbedingt die humanitäre Hilfe in N'Djamena fortgesetzt werden;

- die schwierigen Verhältnisse im Tschad erfordern von der DEH eine grössere Risikobereitschaft zur Weiterführung ihrer Arbeit als sonst üblich (z.B. kurzfristige Rückberufung von Experten, Materialverluste, wenig Erfolge der Arbeit, etc.). Ebenso ergibt sich eine ungewohnt starke Ausrichtung auf humanitäre Aspekte und Strukturhaltung.

5.

Das nachstehend aufgeführte Programm soll deshalb als eine Uebergangslösung betrachtet werden, das die Basis erhalten soll, um bei normaleren Verhältnissen wieder eine "normale" Entwicklungszusammenarbeit aufbauen zu können. In diesem Sinne scheint mir diese den Verhältnissen angepassten Ausrichtung unserer Aktionen und die Uebernahme des entsprechenden Risikos angebracht.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Aktionsmöglichkeiten

a) laufende Projekte

- CFPA Moyon Chari: Besprechungen mit Vizepräsident Kamougé, Landwirtschaftsminister, Préfet Moyon Chari, Direktor DEFPA, Direktor und verschiedene Mitarbeiter CFPA Moyon Chari

Die landwirtschaftliche Ausbildung in den Zentren und die Dorfaktionen konnten nach Rückzug unserer Experten im März 1979 in eingeschränktem Rahmen unter tschadischer Leitung weitergeführt werden. Hauptschwierigkeiten bildeten einerseits die Rückkehr von Stagiaires und einiger Chefs de Centre und Moniteurs/Monitrices in ihre Heimatdörfer, andererseits die von tschadischer Seite aber auch von der DEH ausfallenden Mittel.

Mit der nun durch unseren Experten erfolgenden Wiederaufnahme der Salarzahlungen für die Mitarbeiter (ohne Fonctionnaires der CFPA) dürfte auch wieder die Grundlage geschaffen sein zu einer dynamischen Weiterführung der Arbeit.

Die teilweise unterbrochenen Verbindungsmöglichkeiten zwischen den Zentren und den Dörfern hatten zur Folge, dass die meisten Dorfaktionen durch die Interessenten ohne Unterstützung von aussen durchgeführt werden mussten. Erfreulich war dabei, dass abgesehen von einigen Ausnahmen - die Marchés autogérés inkl. Geldverteilung gut funktionierten und auch die Dorfapotheken, Groupement de défense sanitaire (GDS), animation féminine etc. teilweise weiter funktionierten.

Die Tatsache, dass die Bevölkerung für die Durchführung der Dorfaktionen auf sich selbst gestellt war, hat nun zur Forderung geführt, dass die Ausbildung in den Zentren verstärkt auf diese Eigenverantwortung ausgerichtet werden soll. An Stelle einer vorwiegend landwirtschaftlichen Ausbildung soll deshalb ab Frühjahr 1980 eine Ausbildung von Délégués villageois treten, die den je 4 - 6 Dorfvertretern das Rüstzeug geben soll zur Ausbildung der anderen Dorfbewohner und Durchführung der Aktionen. Dieser "développement villageois autocentré" soll vor allem folgende Bereiche berühren:

- Organisation, Animation, Gestion einer Gruppe
- generelle Alphabetisierung und Marché autogéré
- Spezialgebiete nach Interesse: - Landwirtschaft (Bodenfruchtbarkeit)

- GDS
- Pharmacie villageoise
- Animation féminine
- Menuiserie

Die Realisierung dieses Programms verlangt eine Unterstützung durch die DEH sowohl im finanziellen wie im personellen Bereich (Administrator, Agrotechniker, Spezialist für Programmausarbeitung).

Da diese Aktion von der Bevölkerung gewünscht wird und ihr auch voll zugute kommt und da die CFPA eine angepasste Struktur zur Förderung des ländlichen Milieus darstellt, die auch in dieser schwierigen Situation funktioniert, ist meiner Ansicht nach sukzessive und angepasst an die Entwicklung der Lage, auf die erwünschte Unterstützung einzutreten. Dazu wird im Mai ein Kreditantrag für eine neue Phase (ab Juni 1980) vorgelegt.

- Santé: Gespräche mit unserem Aertzeteam und der Delegation des CICR, die mit den tschadischen Stellen vorgesehene Abklärungen fielen wegen Ausbruch der Kämpfe aus.

Mit dem Ausbruch der Kämpfe in N'Djamena wurde unsere Aertzetequipe in die CICR-Delegation eingegliedert. Die besprochenen Möglichkeiten für das Santé-Projekt in N'Djamena und im Norden des Landes (Unterstützung der Behörden bei der Definition einer Gesundheitspolitik, Mitarbeit am Hôpital Central und der Krankenpflegerschule, Übernahme von Centres médicaux in Faya und evtl. in Kanem) werden nach Normalisierung der Situation neu überprüft werden müssen.

Ebenfalls für den Süden wird später zu prüfen sein, ob eine Tätigkeit am Centre Médical in Bousso weitergeführt werden kann, ob die Behörden das Zentrum Kyabe mit einem Arzt besetzt haben und welche unsere Hilfe sein könnte; und schliesslich welches die Erfahrungen des Südens mit ihrem unter eigener Regie lancierten Programm "Santé villageoise" sind und welche Möglichkeiten im Rahmen unseres Projekts zur Förderung dieses Programmes bestehen.

Vorerst scheint nun folgendes Vorgehen angebracht:

- Weiterführung des Kredites 122/77 bis Juni 1981
- sofern möglich, Weiterführung der Arzteinsätze im Rahmen des IKRK
- sobald die Situation etwas ruhiger ist: Abklärung der Situation im Süden (CM Bousso und Kyabé, Santé villageoise) und die Weiterarbeit in N'Djamena durch Ch. Jeanmaire und P. Stähli)

- Schulreform: Gespräche mit Abba Siddick, Ministre de l'enseignement supérieur; M. Fadoul, Direktor a.i. Inse; M. Ngabou, Direktor Ecole Normale, Sarh.

Die Hauptschwierigkeit im Erziehungsbereich besteht darin, ohne Saläre für die Lehrer und ohne Material den Schulbetrieb in einem beschränkten Ausmass weiterzuführen. Von einer Schulreform spricht man momentan kaum mehr. Abba Siddick fasste, noch vor den Zusammenstössen in N'Djamena, die Absichten folgendermassen zusammen: "Ziel der Uebergangsbregierung ist es, die Strukturen (Schulen, Inse) zum Funktionieren zu bringen. Politische Entscheidungen wie sie eine Schulreform impliziert, wird erst eine neue, gewählte Regierung treffen können."

Im Moment scheint, ausser von Schweizerischer Seite, keine Unterstützung für die Basisausbildung vorhanden zu sein. Unser letzter Beitrag von SFr. 10'000.- diente denn auch dem Süden zum Ankauf des notwendigen Materials (Papier, Kugelschreiber, usw.) zur Durchführung der Maturaprüfungen! Um den Unterricht fortsetzen zu können, wünschten sich die Verantwortlichen in erster Priorität eine Anleitung und anschliessend eine Unterstützung zur lokalen, handwerklichen Herstellung von Kreiden.

Ohne Weiterführung einer bescheidenen Hilfe von aussen werden auch diese positiven Anstrengungen einigerweniger Kader, allen Hindernissen zum Trotz eine Grundausbildung erteilen zu können, zum Scheitern verurteilt sein. Ich schlage deshalb vor, die verbleibenden Mittel des Projektes "Schulreform" generell zur Unterstützung der Schulausbildung zu reservieren, gemäss folgendem Vorgehen:

- Verlängerung des Kredites 122/78 bis Juni 1982
- Finanzielle oder materielle Unterstützung von genau definierten Kleinaktionen (Grössenordnung SFr. 10 - 20'000.-), die uns vom INSE (für die nördlichen Teile) resp. der Direction régionale de l'Education (für den Süden) vorgelegt werden, und zwar in folgenden Bereichen:
 - Organisation und Realisierung von Fortbildungskursen für Lehrer (allgemeine Ausbildung)
 - Materialanschaffungen für Schulen
 - Kurse und Seminare sowie Material für die Travaux pratiques in den Schulen
- Fonctionnement Inse und Direction régionale

Mit einer Maximalsumme von Fr. 200'000.-/Jahr. Kontrolle der Anfragen, Auszahlungen und Detailabrechnungen erfolgen direkt über unser Regionalbüro in N'Djamena, resp. den Administrator der CFPA in Sarh.

Die vom INSE noch ausstehenden Abrechnungen über SFr. 349'609.55 der Jahre 1978/79 werden nicht mehr geliefert werden können, da einerseits die dazumal Verantwortlichen nicht mehr auf Platz sind, andererseits fast alle Dossiers verschwunden oder im Verlaufe der Unruhen verloren gegangen sind. Es scheint mit deshalb angezeigt, diese Summe abzuschreiben (Entscheid des Direktors folgt).

- CMPA, Pierres à lécher: Diese Aktion könnte noch vor Ausbruch der ersten Kämpfe im Februar 1979 wie vorgesehen abgeschlossen werden. Es fehlt aber noch die letzte Abrechnung über die Verwendung unserer Mittel (SFr. 89'287.90, die übrigen SFr. 347'052.10 der Aktion wurden korrekt abgerechnet).

Da auch in dem CMPA die Verantwortlichen nicht mehr auf Platz und die Dossiers verschwunden sind, wäre ebenfalls hier die Restsumme abzuschreiben.

Was die übrigen Aktionen betrifft (Weiterführung Regionalbüro, Bureau d'études, Coopératives, Pistes rurales, Tourisme) wird bei geklärter Situation eine Ueberprüfung der Möglichkeiten notwendig sein.

b) Neue Projektmöglichkeiten

- Medikamentenlieferungen:

Vizepräsident Kamougué erwähnte bei unserer Zusammenkunft als dringendstes Problem für den Süden die Medikamentenversorgung. Alle bisherigen Lieferungen wurden in N'Djamena gestoppt, so dass im Süden kaum mehr Medikamente zu finden sind. Die einzige sichere, aber ungenügende Versorgung erfolgt noch über die Missionen (via Kamerun und RCA).

Angesichts der Notwendigkeit in diesem Bereich und der momentanen Wichtigkeit des humanitären Aspektes schiene mir eine einmalige, jedoch bedeutende Medikamentenlieferung berechtigt. Die Lieferung könnte in Absprache mit dem Secours catholique, (resp. Caritas) zusammengestellt und über ihre Kanäle in den Tschad geleitet werden. Die Verteilung auf Platz würde ebenfalls über die Missionen an religiöse und richtig funktionierende tschadische Dispensaires erfolgen. Damit könnten wir den Verantwortlichen des Südens helfen, einen Engpass zu überwinden bei gleichzeitiger möglichst weitgehender Sicherstellung einer richtigen Verwendung unserer Unterstützung.

- Stipendien

Seit Februar 1979 ist der Tschad nicht mehr in der Lage, seinen Stipendiaten im Inland (Universität in N'Djamena) und im Ausland die zugesprochenen Stipendien auszuzahlen. Auf Anfrage der Behörden sind gegen Ende 1979 das FED und FAC in die Lücke gesprungen; die Unterstützung des FED ist jedoch auf Juni 1980 begrenzt.

9.

Das Ministère de l'Enseignement supérieur stellte uns deshalb die Frage, ob nicht die Schweiz nach Beendigung der FED-Unterstützung die Stipendien weiterbezahlen könnte. Gemäss grober Uebersicht betragen die Kosten inkl. Uni N'Djamena (die im Moment nicht funktioniert) ca. 3 - 4 Mio. SFr./Jahr.

Dieser Vorschlag scheint mir im Sinne einer Aide d'urgence interessant zu sein: kurzfristig könnte eine wertvolle Hilfe geleistet werden, die gleichzeitig langfristig ebenfalls sinnvoll ist. Selbstverständlich käme nur eine Unterstützung für Studenten in Frage, die in Afrika studieren.

Ich möchte deshalb vorschlagen, diese Idee weiterzuverfolgen und mit dem FED abzuklären, ob seine Unterstützung effektiv im Juni 1980 gestoppt wird, wie die ganze Stipendienaktion organisiert war und ob allenfalls eine Weiterführung dieser Aktion durch die DEH und FED gemeinsam möglich ist.

A. Bisaz

Verteiler:

- Ambassade Lagos
- P. Stähli Yaoundé
- R. Anhorn, N'Djaména
- S. Salvi, Dir. pol. II
- HH
- WM
- Section Westafrika